



AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl: **PrsG-2056**
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 30.5.1988

An den
Klub der Sozialistischen
Abgeordneten und Bundesräte

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	7-GE 988
Datum:	31. MAI 1988
Verteilt	1. Juni 1988 <i>Birkenbeger</i>

L. Winer

An den
Parlamentsklub der
Österreichischen Volkspartei

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

An den
Klub der Freiheitlichen Partei
Österreichs

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

An den
Klub der Grünen Alternativen Liste
Freda Meissner-Blau

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft: Studienförderungsgesetz 1983, Änderung;
Regierungsvorlage, Stellungnahme

Zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienför-
derungsgesetz 1983 geändert wird, wird Stellung genommen wie folgt:

Wie bereits in der Stellungnahme der Landesregierung im Rahmen der Begutachtung zum Ausdruck gebracht wurde, bietet die bevorstehende Novellierung des Studienförderungsgesetzes 1983 eine gute Gelegenheit, auch die Studierenden an Konservatorien in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufzunehmen.

Dieses Anliegen wurde den zuständigen Ministerien von der Konferenz der beamteten und politischen Landeskulturreferenten mehrfach vorgelegt. Es ist nicht einzusehen, warum etwa Studenten an berufspädagogischen Akademien, Sozialakademien oder Kunsthochschulen Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz erhalten, hingegen Studierende an Konservatorien davon ausgeschlossen bleiben sollen.

Den an Konservatorien Studierenden die Anspruchsberechtigung nach dem Studienförderungsgesetz weiterhin vorzuenthalten, ist sachlich nicht gerechtfertigt und bedeutet eine Ungleichbehandlung im Vergleich zu den Studierenden anderer Sparten.

Es wird gebeten mitzuhelfen, daß diesem gerechtfertigten Anliegen entsprochen wird.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

Dr. Guntram Lins, Landesrat

- a) Alle
Vorarlberger National- und Bundesräte
- b) An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n
(22-fach)

im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom
24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
zHd. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung

1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung

6020 I n n s b r u c k
- g) An das
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

